

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultus, Jugend und Sport

zu

- a) der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksache 16/3542
– Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung
und der europäischen Dimension im Unterricht**

- b) der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksache 16/3543
– Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Aktionsplan für digitale Bildung**

- c) der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksache 16/3544
– Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von den Mitteilungen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksachen 16/3542, 16/3543 und 16/3544 – Kenntnis zu nehmen.

15. 03. 2018

Der Berichterstatter:

Dr. Timm Kern

Die Vorsitzende:

Brigitte Lösch

Bericht

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport beriet die Mitteilungen Drucksachen 16/3542, 16/3543 und 16/3544 in seiner 16. Sitzung am 15. März 2018.

Eine Abgeordnete der Grünen erinnerte daran, der Ausschuss habe in seiner Sitzung am 22. Februar 2018 im Rahmen der Diskussion über den Antrag ihrer Fraktion mit dem Titel „Europa an den Schulen des Landes stärken“ festgestellt, dass die europäische Dimension an den Schulen in Baden-Württemberg bereits gut manifestiert sei.

Die Europäische Union gründe sich auf den Werten Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten. Diese würden in letzter Zeit des Öfteren infrage gestellt, zum einen durch die Bewegungen des Populismus, durch Fremdenfeindlichkeit, durch Diskriminierung, aber auch durch einen auf Spaltung zielenden Nationalismus und zum anderen durch einzelne Staaten in der Europäischen Union, die Werten wie Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Gewaltenteilung nicht den angemessenen Stellenwert beimäßen.

In der Schulbildung müsse ein tieferes Verständnis für die Wirkung und Wichtigkeit dieser gemeinsamen Werte vermittelt werden, damit sich verantwortungsbewusste und engagierte Bürgerinnen und Bürger entwickeln könnten, die eine friedliche, tolerante, inklusive und sichere Gesellschaft mittrügen und weiterentwickelten.

An dieser Stelle wolle sie auch das Thema „Gemeinsames Erbe“ ansprechen, insbesondere deshalb, weil in der Plenarsitzung am 7. März 2018 deutlich geworden sei, dass die Erinnerungskultur von manchen Abgeordneten im Parlament infrage gestellt werde. Die deutsche Geschichte sei in vielen Bereichen schmerzhaft und auch beschämend. Aber Bewertungen ohne geschichtliche Basis seien in ihren Augen ohne Nachhaltigkeit und oberflächlich.

Der Aktionsplan für digitale Bildung enthalte viele gute Ansätze. Besonders hervorheben wolle sie die Förderung der digitalen und unternehmerischen Kompetenz von Mädchen mit der Zielsetzung des Abbaus des Geschlechtergefälles.

Ihrer Fraktion sei wichtig, dass Deutschland sowohl als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort als auch in Sachen Bildung und Innovation weiter vorankomme. In einigen Bereichen nehme Deutschland derzeit noch keine Vorreiterstellung ein. Insofern hoffe sie auch auf eine zeitnahe und intensive Unterstützung durch den Bund und die Europäische Union.

Eine Abgeordnete der CDU legte dar, im Zusammenhang mit dem Thema „Inklusive Bildung“ müsse seitens des Landes darauf geachtet werden, dass die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die eine hervorragende Arbeit leisteten, nicht auf den Prüfstand kämen. Auch müsse das Land der Installation weiterer Monitoringinstrumente auf EU-Ebene, wodurch möglicherweise ein größerer Verwaltungsaufwand entstehe, frühzeitig entgegenreten.

Beim Aktionsplan für digitale Bildung spiele auch das Thema Finanzen eine wichtige Rolle. Ihre Fraktion würde es begrüßen, wenn es Baden-Württemberg gelänge, entsprechende Mittel hierfür abzuschöpfen.

Bezüglich der Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen sei darauf hinzuweisen, dass auch hier darauf geachtet werden müsse, den Verwaltungsaufwand durch Fortschrittsanzeiger bzw. Scoreboards nicht unnötig zu erhöhen.

Hinsichtlich der Umsetzung der Werte und Ziele, die in den vorliegenden Mitteilungen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport thematisiert worden seien, sei Baden-Württemberg bereits auf einem guten Weg, hielt die Abgeordnete abschließend fest.

Ein Abgeordneter der AfD betonte, seine Fraktion stehe allen EU-Angelegenheiten kritisch gegenüber, insbesondere im Bereich der Bildung. Die Kulturhoheit der Länder sowie die Freiheit eines jeden einzelnen Individuums seien der AfD sehr wichtig. Das Subsidiaritätsprinzip müsse auch in Baden-Württemberg gelebt werden.

Er fuhr fort, die Europäische Union plane einen großen Zentralstaat, nämlich die Vereinigten Staaten von Europa. Die Empfehlungen der EU gingen nach Ansicht der AfD in die falsche Richtung. Deren Vertreter wollten mehr Freiheit für das Individuum und richteten sich gegen Kollektivismus sowie Zentralstaatsfantasien.

Er stelle den Antrag, der Ausschuss möge sich dafür aussprechen, keine weiteren Empfehlungen von der Europäischen Union mehr zu erhalten.

Ein Abgeordneter der SPD äußerte, die Europäische Union habe schlichtweg den Anspruch, dass die europäischen Staaten mit der zunehmenden Digitalisierung Schritt hielten. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs eine große Herausforderung. Baden-Württemberg habe einmal das ehrgeizige Ziel herausgegeben, wettbewerbsstärkste Region der Welt zu sein. Die Empfehlungen der EU seien sowohl in Bezug auf das Thema „Lebenslanges Lernen“ als auch hinsichtlich des Aktionsplans für digitale Bildung von zentraler Bedeutung. Nicht nur die einzelnen Aspekte, sondern auch die allgemeine Stoßrichtung seien für die SPD-Fraktion nachvollziehbar und unterstützenswert.

Dass die EU immer wieder nachhake, wie weit das Land mittlerweile bei der Umsetzung der Inklusion in den Schulen sei, sei nur allzu verständlich. Schließlich habe auch Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet.

Selbstverständlich müsse darauf geachtet werden, dass einzelne Bereiche durch Monitoringmaßnahmen nicht überkontrolliert würden. Ein kritisches Nachfragen gerade bei zentralen Fragen müsse aber durchaus erlaubt sein.

Der Abgeordnete der FDP/DVP unterstrich, die Freien Demokraten seien für ein gemeinsames Europa. Sie träten für die europäischen Werte ein und seien der Ansicht, diese sollten auch in den Schulen behandelt werden.

Bildung überhaupt sei wichtig, damit die Menschen nicht so ein „verkorkstes“ Weltbild hätten wie die Abgeordneten der AfD, die im Parlament zum Ausdruck gebracht hätten, Brüssel sei das neue Moskau und die EU sei wie der Warschauer Pakt. Wer solche Dinge gleichsetze, verhöhne im Grunde die Opfer, die die Aufstände in Berlin, Budapest und Prag im Zusammenhang mit dem Warschauer Pakt gefordert hätten. Dies überhaupt zu parallelisieren sei schon eine Ungeheuerlichkeit.

Der Ausschuss habe in der Vergangenheit immer wieder betont, bei der Inklusion seien ihm alle drei Formen der Beschulung sehr wichtig. Insofern müsse auch darauf geachtet werden, dass die Europäische Union die drei unterschiedlichen Formen weiterhin ermögliche.

Auch Schlüsselkompetenzen seien zweifelsohne wichtig. Die Abgeordnete der CDU habe bereits darauf hingewiesen, dass durch zu viel Monitoring und Vergleichbarkeit allerdings die Gefahr einer überbordenden Bürokratie und der Gleichmacherei entstehe. Auch seine Fraktion sehe dies kritisch.

Nichtsdestotrotz wolle er seinen Redebeitrag als flammendes Plädoyer für Europa und für die Europäische Union verstanden wissen.

Die Abgeordnete der Grünen hob hervor, sie wünsche weiterhin, Empfehlungen der Europäischen Union im Ausschuss zu behandeln. Diejenigen, die keine anderen Meinungen einholten und keine Empfehlungen zurate zögen, hätten einen äußerst eingeschränkten Horizont.

Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport erklärte, bei allen drei in Rede stehenden Themenkomplexen gehe es in Baden-Württemberg in die richtige Richtung. Die Landesregierung werde darauf achten, dass die Monitoringmaßnahmen nicht ausufernten.

Die Vorsitzende ließ sodann über den mündlich vorgetragenen Antrag des Abgeordneten der AfD abstimmen, der Ausschuss möge von der Europäischen Union in Zukunft keine Empfehlungen mehr erhalten.

Der Ausschuss lehnte diesen Antrag mehrheitlich ab und beschloss sodann ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, von den Mitteilungen Kenntnis zu nehmen.

17. 04. 2018

Dr. Timm Kern

Empfehlung und Bericht**des Ausschusses für Europa und Internationales
an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport****zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport
vom 16. Februar 2018
– Drucksache 16/3542****Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der
europäischen Dimension im Unterricht****Empfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksache 16/3542 – Kenntnis zu nehmen.

28. 02. 2018

Die Berichterstatterin:

Sylvia M. Felder

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/3542, in seiner 15. Sitzung am 28. Februar 2018 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport.

Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE trug vor, Bildungsthemen lägen selbstverständlich in der Kompetenz der Länder. Der vorliegende Vorschlag verletze jedoch das Subsidiaritätsprinzip nicht, da es sich um eine Empfehlung handle.

Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Minderheiten seien die Werte, auf denen die Europäische Union sich gründe. Diese würden zurzeit immer wieder infrage gestellt, zum einen durch die Bewegungen des Populismus, durch Fremdenfeindlichkeit, durch Diskriminierung, auch durch einen auf Spaltung zielenden Nationalismus und zum anderen auch durch Staaten wie z. B. Polen oder Ungarn, wo Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und auch Pressefreiheit nicht den angemessenen Stellenwert hätten.

Ihres Erachtens sei es wichtig, in frühester Jugend und in der Schulbildung ein tiefes Verständnis für die Wirkung und die Wichtigkeit dieser gemeinsamen Werte zu vermitteln. Das sei auch deshalb notwendig, damit sich verantwortungsbewusste, engagierte junge Bürger entwickelten, die dann eine friedliche, tolerante, inklusive und sichere Gesellschaft mittrügen und auch weiterentwickelten. Denn irgendwann komme die nächste Generation.

Das Entwickeln eines Verständnisses für Europa sei ganz wichtig. Dafür müsse ein Bewusstsein zum einen für die Unterschiedlichkeit der Mitgliedsstaaten, aber auch für das gemeinsame Erbe geschaffen werden. Das betone sie heute deshalb besonders, da es auch im Ausschuss Personen gebe, die die Erinnerungskultur infrage stellten. Die deutsche Geschichte sei schmerzhaft und auch beschämend. Sie sollte aber als Warnung dienen, nicht nochmals die gleichen Fehler zu machen. Bewertungen ohne geschichtliche Basis seien in ihren Augen ohne Halt, ohne Nachhaltigkeit und entsprechend oberflächlich.

Ihre Fraktion befürworte den Vorstoß des Europarats zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht als Richtlinie für ganz Europa.

Abg. Sylvia Felder CDU legte dar, grundsätzlich begrüße auch die CDU-Fraktion den Vorgang. Wie sie letzte Woche im Bildungsausschuss gehört habe, seien die baden-württembergischen Schulen bei den europäischen Themen ausgesprochen gut aufgestellt. Das solle auch so bleiben und gern auch auf ganz Europa übertragen werden.

Sie sehe allerdings eventuelle weitere Monitoringinstrumente bzw. Benchmarks auf EU-Ebene kritisch, weil zu befürchten sei, dass das zu einem größeren Verwaltungsinstrument führen würde. Das würde die CDU-Fraktion nicht begrüßen. Das sollte durchaus kritisch begleitet werden.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) äußerte, es gehe nicht um Erinnerungskultur ja oder nein, sondern es gehe um das Wie. Es gehe darum, dass nicht bestimmte Leute für den Rest der Bevölkerung bestimmten, wann wo wessen gedacht werde. Es gehe um die Einseitigkeit der Interpretation und die Anmaßung, allein die richtige Interpretation der Geschichte zu haben.

Der Ausschuss für Europa und Internationales empfahl dem federführenden Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport einvernehmlich, von der Mitteilung Drucksache 16/3542 Kenntnis zu nehmen.

08. 03. 2018

Sylvia M. Felder

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Europa und Internationales
an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport
vom 16. Februar 2018
– Drucksache 16/3543**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Aktionsplan für digitale Bildung**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksache 16/3543 – Kenntnis zu nehmen.

28. 02. 2018

Der Berichterstatter:

Dr. Heiner Merz

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte die Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/3543, in seiner 15. Sitzung am 28. Februar 2018 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport.

Ohne Aussprache empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem federführenden Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport einvernehmlich, von der Mitteilung Drucksache 16/3543 Kenntnis zu nehmen.

13. 03. 2018

Dr. Heiner Merz

Empfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Europa und Internationales
an den Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport
vom 16. Februar 2018
– Drucksache 16/3544**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen**

Empfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 16. Februar 2018 – Drucksache 16/3544 – Kenntnis zu nehmen.

28. 02. 2018

Der Berichterstatter:

Wolfgang Drexler

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte die Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport, Drucksache 16/3544, in seiner 15. Sitzung am 28. Februar 2018 vorberatend für den federführenden Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport.

Ohne Aussprache empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem federführenden Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport einvernehmlich, von der Mitteilung Drucksache 16/3544 Kenntnis zu nehmen.

07. 03. 2018

Wolfgang Drexler